

16. Juli 2007 - 18:36

## Der Genfer Jet d'eau leuchtet blutrot - für die Opfer in Darfur



Jet d'eau: Die Genfer Wasserfontäne schiesst für einmal blutrot in die Höhe. (Keystone)

### **Am Dienstag, dem internationalen Tag der Gerechtigkeit, färbt sich das Genfer Wahrzeichen Jet d'eau rot, um an das Blutvergiessen in Sudans Westen zu erinnern.**

Damit wollen Aktivisten und die Stadt daran erinnern, dass im Konflikt eine Lösung gefunden werden muss. Bisherige Schreckensbilanz: über 200'000 Tote, über zwei Millionen Vertriebene.

Er werde vor Ort im Sudan wohl nicht viel bewirken, aber als Symbolwert sei ein blutrot gefärbter Jet d'eau in Genf viel wert, sagt Philip Grant gegenüber swissinfo. Der Präsident der Genfer Nichtregierungs-Organisation (NGO) Schweizerische Gesellschaft gegen Straflosigkeit (Trial) weiter: "Die Hauptstadt der Menschenrechte macht damit klar, dass die Massaker und die humanitäre Katastrophe weitergehen."

Trial hatte den städtischen Behörden vorgeschlagen, den Wasserstrahl des 140 Meter hohen Jet d'eau nach Einbrechen der Dunkelheit rot einzufärben.

Stadtpräsident Patrice Mugny betont, dass Genf mit seiner starken humanitären Tradition damit Zeichen eines "starken Protestes" aussendet, um das anzuprangern, was in Darfur geschieht.

"Wieder und wieder lesen wir über neue Massaker, bei denen Hunderte oder Tausende von Menschen ihr Leben lassen", sagt Mugny. "Genf nutzt die Stunde, um nochmals klarzumachen, dass dies aufhören muss"

### **Druck aufrecht erhalten**

Da die sudanesishe Regierung auf Kritik von Aussen reagiere, so Mahor Chiche, Präsident der in Paris ansässigen Kampagne "Save Darfur", sei es wichtig, den diplomatischen und öffentlichen Druck auf die Regierung aufrecht zu erhalten.

Die Schweiz habe eine wichtige Rolle im Prozess zu spielen, der zu einer Lösung des Konflikts führen könnte. So habe die Schweizer Bundespräsidentin, Micheline Calmy-Rey, im Tschad kürzlich ein Flüchtlings-Camp besucht, in dem sich Tausende aus Darfur Vertriebene aufhalten.

### **Gerechtigkeit einfordern**

Die Organisation Trial drängt Sudans Regierung auch auf eine Kooperation mit dem Internationalen Gerichtshof (ICC) in Den Haag. Dieser hat Haftbefehle gegen zwei mutmassliche Kriegsverbrecher ausgestellt.

Einer der Verdächtigen ist der sudanische Minister für Menschenrechte. Doch die Regierung weigert sich, den Gerichtshof anzuerkennen.

Trial bat vergangene Woche das UNO-Menschenrechts-Komitee, das in Genf ansässig ist, dringend, Sudan an seine internationalen Verpflichtungen zu erinnern. "Wir wünschen uns eine effektive internationale Gerechtigkeit", sagt Grant, "sowie eine Absicherung, dass keine weiteren Verbrechen begangen werden."

Trial will zusammen mit Opfern aus Darfur beim Gerichtshof Klagen einreichen und Entschädigungen fordern.

### **Gespräche in Libyen**

Zu den Bemühungen von Genf, das Leiden in Darfur in rotes Licht zu rücken, kommen Gespräche internationaler Vermittler in Libyen, um den Konflikt zu beenden. Dabei trifft der UNO-Gesandte Jan Eliasson in Tripoli auf Vertreter der USA, der Europäischen sowie der Afrikanischen Union und Chinas.

Kritiker monieren, dass die bisherigen Bemühungen vergeblich waren, die Rebellen an den Verhandlungstisch zu bringen. Diese sind in mehr als ein Dutzend bewaffneter Gruppierungen aufgespalten.

Letzten Samstag einigten sich Vertreter von fünf Gruppierungen darauf, den vierjährigen Konflikt zu beenden. Sie riefen die übrigen Rebellen-Gruppen auf, sich ihnen anzuschliessen.

Zu Beginn der Gespräche in Tripoli am Montag liess Eliasson verlauten, er könne nun ein "Licht am Ende des Tunnels erblicken".

swissinfo, Adam Beaumont und Agenturen  
(Übertragung aus dem Englischen: Alexander P. Künzle)

## **DARFUR-KONFLIKT**

Experten gehen davon aus, dass seit dem Beginn des Konflikts 2003 mehr als 200'000 Menschen umgekommen und 2,5 Millionen vertrieben worden sind.

2003 begannen afrikanische Ethnien eine Rebellion gegen das arabische Regime in Kartum, mit dem Vorwurf der jahrzehnte langen Vernachlässigung des Westen des Landes.

Der Zentralregierung wird vorgeworfen, arabische Nomaden-Milizionäre, die Janjaweed, gegen die Ethnien der Rebellen losgelassen zu haben.

Vor Jahresfrist schlossen der sudanesischer Präsident Omar al-Bashir und eine Rebellen-Gruppe ein Friedensabkommen.

Es blieb ohne Folgen, da mehr als ein Dutzend weiterer Rebellen-Gruppen das Abkommen ablehnte und weiterkämpfte.

## **KONTEXT**

Am Sonntag liess Sudans Regierung ihre Vorbehalte gegenüber einem Mandat verlauten, das ein 26'000 Mann starkes Kontingent der UNO und der Afrikanischen Union für Darfur vorsieht.

Nach mehrmonatigen Gesprächen und Verhandlungen hatte Kartum eingelenkt, die 7000-Mann starke Truppe der Afrikanischen Union und der sudanesischen Polizeikräfte zu verstärken. Diese hatte die Gewalt nicht eindämmen können.

Gemäss vorläufigem Beschluss wäre die gemischte Truppe befugt, "alle nötigen Mittel zu benutzen". Sie würde unter Absatz VII der UNO-Charta eingesetzt.

Die Truppen wären berechtigt, die Millionen von Flüchtlingen im abgelegenen Westen des Landes auch mit Einsatz der Waffen zu schützen.

## **LINKS**

- Trial (Engl.) (<http://www.trial-ch.org/en/home.html>)
- Stadt Genf (Franz.) ([http://www.ville-ge.ch/index\\_e.htm](http://www.ville-ge.ch/index_e.htm))
- Sauver le Darfour (Franz.) (<http://www.sauverledarfour.org/appel.php>)
- UNO-Menschenrechts-Komitee (Engl.) (<http://www.ohchr.org/english/bodies/hrc/hracs90.htm>)
- Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (Engl.) (<http://www.ohchr.org/english/>)
- Internationaler Gerichtshof, Den Haag (Engl.) (<http://www.icc-cpi.int/home.html&l=en>)

**URL dieses Artikels:**<http://www.swissinfo.org/ger/swissinfo.html?siteSect=105&sid=8028149>